

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Geschäftsleiter:**  
**Erich Ehringhaus, Berlin.**  
**Telefon: Emil Schlegel 4126/4128**



**Abgabe für Berlin und Umgebung:**  
**Brief 22 01, Tele-Adressen-Platz 6**  
**Vertrieb: Capelle**

**Die Abgabe erfolgt im Colportage.**  
**Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung durch die Behörden abzugeben & dürfen**  
**von den Abonnenten, wenn nicht anders verordnet, in öffentlichen Plätzen nicht abgeben.**

**Berlin, den 18. Febr. 1933.**

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

**Die "Novemberverschreiber".**

**Ihr Verdienst um Deutschland.**

SPD. Bei den Beerdigungsfeierlichkeiten in Neunkirchen ward es Herrn v. Papen derb unter die Nase gerieben, was man an der Saar von einer Politik hält, die die Mehrheit des deutschen Volkes als "undeutsch" und "antinational" zu achten sucht. Die Erklärung der Zentrums Presse stellte fest, dass die Parteien, die hinter der augenblicklichen Reichsregierung stehen, bei den letzten Wahlen im Saargebiet ganze 12,4 Prozent der Stimmen aufbrachten; nach dem Berliner Masstab seien also 87,6 Prozent der Saarbevölkerung "antinational" und "undeutsch", und von den Herren v. Papen und Seldte sagte die sozialdemokratische "Volksstimme" in Saarbrücken mit der gleichen erfrischenden Deutlichkeit: "Nicht sie, sondern wir sind das deutsche Volk; nicht sie, sondern wir repräsentieren Deutschland; nicht sie, sondern wir sind die wahrhaft nationaldenkenden Deutschen". Dort, wo vorderhand noch Deutsche zwangsweise von Deutschland getrennt sind, hat man eben ein feineres Empfinden für den Unterschied zwischen nationalen Taten und nationalistischen Redensarten als fern vom Schuss in der Etappe. Dort weiss man zu würdigen, was Erfüllungspolitik wirklich bedeutet.

Wenn man den "Marxismus" in Bausch und Bogen für die Entwicklung der letzten vierzehn Jahre haftbar macht, haben wir ein Recht, uns zu wehren; unter den 88 Reichsministern dieser Zeit waren ganze 15 Sozialdemokraten, und von den andern standen zum mindesten die Cuno, Hergt, Schiele, v. Keudell und v. Schlieben Herrn Hugenberg sehr nah und dem "Marxismus" weltentfernt. Aber wenn man im besonderen die Erfüllungspolitik ein "marxistisches Verbrechen" schmährt so bekennen wir stolz: Jawohl, die Erfüllungspolitik war Geist von unserem Geist und war eine nationale Tat! Nachdem die unsinnige und unselige Kriegspolitik der wilhelminischen Machthaber die Kräfte Deutschlands so ausgeschöpft hatte, dass auf Wunsch der Obersten Heeresleitung von heute auf morgen ein demütigender Waffenstillstand geschlossen werden musste, waren in der Entente starke Kräfte am Werk, die deutsche Einheit gründlich zu zerstören; ausser der Annexion des Saargebiets stand die Errichtung des "unabhängigen" Pufferstaates Rheinland als bescheidenstes Gericht auf der Speisekarte der Clemenceau, Poincaré und Foch. Diesen gierigen Imperialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, schluckten die "Novemberverschreiber" das brutale Versailler Friedensdiktat, denn eine Ablehnung bedeutete den von den Pariser Militaristen ersehnten Vormarsch der Franzosen und die Zerreißung Deutschlands. Vor der Zustimmung zur Ratifizierung des Vertrags liess die sozialdemokratische Fraktion im Parlament erklären:

Nie werden wir uns damit abfinden, dass man unser Vaterland in Stücke reisst und eine grosse Zahl unserer Volksgenossen unter die Fremdherrschaft zwingt. Wir geloben heute: die uns entrissenen Landsleute werden wir nie

verlassen. Alle Zeit werden wir dafür sorgen, dass sie als Deutsche nicht zugrunde gehen. Unzerreissbar bleibt das Band, das uns mit den Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, in Tirol, Kärnten und Steiermark verbindet. Lebendig ist in uns die Hoffnung, dass alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker bald in einen Einheitsstaat vereinigt werden,

Das waren die Beweggründe der "undeutschen Marxisten" in einer der schwersten Stunden des Vaterlandes. Und so waren ihre Handlungen! Als der französische Imperialismus sein Spiel nicht verloren gab, als nach der vorübergehenden Besetzung von Frankfurt, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort Poincaré 1923 mit dem Einbruch ins Ruhrgebiet die Faust an der Gurgel der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Staates hatte, wo wäre da die Sache Deutschlands geblieben ohne die "Marxisten"! Während die Dortzen, Haas und Heinz mit ihrem separatistischen Klüngel ganz anderen Kreisen angehörten als den "marxistischen", lag der passive Widerstand mit Durchführung des Generalstreiks zum sehr grossen Teil auf den Schultern der gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. Der kleine Göbbels hat renommistisch phantasiert, dass er "für Hindenburg" in einem belgischen Gefängnis gesessen habe, aber Hunderte von "marxistischen" Arbeiterführern bekamen wirklich Gefängnis und Ausweisung zu kosten, darunter hervorragende Sozialdemokraten wie der Wiesbadener Regierungspräsident Haenisch und der Duisburger Polizeipräsident Meyer, manchem Sozialdemokraten schickten die französischen Kriegsgerichte als Quittung für deutsche Propaganda im besetzten Gebiet ein Urteil über zwanzig Jahre Zuchthaus nach, und mit Fug durfte nach allem der Sozialdemokrat Meerfeld von der "sozialdemokratischen Wacht am Rhein" sprechen.

Deutsche Gebiete zu erhalten und wieder freizumachen, war auch, während eingefleischte Nationalisten bereits das "Versackenlassen" des Rhein- und Ruhrgebiets erörterten, Zweck und Kern der von der Sozialdemokratie befürworteten Erfüllungspolitik. Wenn niemand glaubte, dass Deutschland die phantastischen Geldforderungen der Entente befriedigen könne, galt es doch, durch Vermeidung eines starren Nein Zeit zu gewinnen und den verständigungsbereiten Parteien in Frankreich und England Gelegenheit zur Entfaltung zu verschaffen. Das gelang vollauf. Die Wahlen von 1923, die im Londoner Unterhaus die Arbeitspartei ans Ruder brachten, und die von 1924, die in der Pariser Kammer eine Linksmehrheit schufen, leiteten den Umschwung ein. In einer immerhin reineren internationalen Luft vermochte Stresemann über Dawes-Plan, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, Locarno-Vertrag und Young-Plan die Erfüllungspolitik soweit zu treiben, dass Papen in Lausanne 1932 ernten konnte, was andere vor ihm gesät hatten. Das Ergebnis dieser "undeutschen" Politik? Während die Entente von Deutschland noch 1920 rund 269 Milliarden Goldmark verlangt hatte, denkt heute kein Mensch mehr nur an einen Pfennig Reparationen, und während sich die Franzosen eingerichtet hatten, bis 1940 und länger am Rhein zu bleiben, verliess am 30. Juni 1930 der letzte fremde Soldat den deutschen Boden. Die Hurraschreier, die jetzt ihre Stunde gekommen wähnen, hatten für diese Politik stets nur satten Hohn gehabt, da sie die Franzosen nie, nie, nie aus dem Rheinland herausbringen werde, und die Hitler und Hugenberg leiteten sogar ein Volksbegehren ein, das jeden Zustimmer des Young-Plans zum Landesverräter stempeln und ins Zuchthaus stecken sollte - desselben Young-Plans, den niemand anders als Hindenburg "einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaus Deutschlands" genannt hatte.

Diesen schweren Weg von allen Parteien am unbeirrtesten gegangen zu sein, wird die Geschichte den "Marxisten" als nationales Verdienst buchen.

Herrmann Ladel.

SPD. In einer Wahlrede in Halberstadt charakterisierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die "Arbeiterpartei" des Herrn Hitler folgendermassen:

"Was täte eine wirkliche Arbeiterpartei? Eine Arbeiterpartei trachtete zuerst bei Uebernahme der Regierungsmacht nach dem Arbeitsministerium, denn die wichtigsten sozialen Interessen der Arbeiterschaft hängen von der Führung ab. Sie strebte nach dem Wirtschaftsministerium, dem Finanzministerium. Die Nazis haben nach diesen Ministerien nie gefragt. Sie verlangten nur die eigentlichen Machtpositionen, nach der Reichswehr, der Polizei, der preussischen Verwaltung, dem Innenministerium des Reiches. Obwohl die Nationalsozialisten wussten, dass die Deutschnationalen in der Wirtschaft den Arbeiterinteressen entgegenstehen, haben die Hugenberg das Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministeriums. Aber vielleicht haben die Nazis bei der Uebergabe dieser wichtigen Ministerien an die Deutschnationalen Grundsätze und Forderungen über die Arbeiterinteressen präsentiert? Wer so dächte, ist besser belehrt durch den Aufruf der Reichsregierung und die Reden, die Hitler, Hugenberg, Seldte und Papen hielten. Diese Erklärung war auch die erste deutsche Regierungserklärung, in der ausdrücklich erklärt wird, die Regierung werde unter allen Umständen die Wahlfreiheit schützen. Zur Wahlfreiheit gehört die Pressefreiheit. Noch nie seit den Tagen des Sozialistengesetzes ist es der Opposition so ungeheuer schwer gemacht, ihren Wahlkampf in der Presse zu führen. Wir waren gespannt, was die neue Regierung an sozialen und wirtschaftlichen Reformen bringen würde. Der Aufruf enthält die beiden Vierjahrespläne Hitlers: In vier Jahren wird die Regierung die Arbeitslosigkeit beseitigt haben. In vier Jahren wird sie eine grosse Siedlung durchgeführt haben. Man spricht heute viel von solchen Plänen, seitdem Russland seine Fünfjahrespläne entworfen hat. Aber diese Sowjets-Fünfjahrespläne enthalten in Büchern dargelegt, wenigstens bestimmte Vorschläge und Angaben. Aber in dem Aufruf der Hitler-Regierung ist nichts von all dem."

Hilferding befasste sich dann noch mit der Unwahrheit, dass er die Inflation verschuldet habe:

"Wir waren es, die bereits während des Krieges den Kampf gegen die Inflation aufnahmen. Als wir 1918 die Regierung übernahmen und die Schuld von 156 Milliarden vorfanden, waren die Finanzen nicht nur nicht in Ordnung, sondern vollkommen zerrüttet. Dazu kamen die sehr kostspieligen Ausgaben der Demobilmachung. Aber immer wieder gingen wir gegen die Inflation an. Unmittelbar nach der Revolution verlangten wir die Einführung der Einkommen- und Vermögenssteuer. Am Widerstand des Bürgertums ist das damals gescheitert. Wir erklärten, dass das Gleichgewicht des Budgets hergestellt werden müsse durch wertbeständige Steuern. Gegner waren die, die ein Interesse an der Inflation hatten, die Agrarier, denn in der Inflation wurden sie ihre Hypothekenschulden los und hatten Sachwerte in der Hand. In der Inflation gab es den Inflationsgewinnler wie Stinnes und Konsorten. Und der war wirklich kein Marxiste. Damals bildeten sich ja auch die nationalen Politiker ein, dass dann, wenn der Geldwert bei uns heruntergeht, die Gegner ihre Kriegsschadensforderungen zurückschrauben. Dann kam das grosse Unglück der Ruhrbesetzung, die auch nicht durch eine marxistische Politik herbeigeführt worden ist, sondern unter der nationalen Regierung Cunow, in der die Deutschnationalen einflussreich waren. Das hat die Inflation auf die Spitze getrieben. Wir verlangten im März 1932, dass der Staat wertbeständige Steuern erhob, damit er nicht mit entwertetem Papiergeld abgespeist wurde. Die Regierung lehnte das ab. Wir liessen aber nicht locker. Als die Inflation weiter ging, ist nicht zuletzt auf meine Anregung die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Forderung gekommen, dass die Steuern in Goldwert zu zahlen seien. Das wurde angenommen. Das war der erste Schritt zur Stabilisierung der Währung in Deutschland. Dann sah man auch in den Kreisen des Bürgertums ein, dass der Ruhrwiderstand seinen Höhepunkt überschritten hatte und ganz Deutschland in einen Strudel zu

reißen drohte, aus dem es kein Entrinnen gab. Da hat sich die Sozialdemokratie, die seit 1920 überhaupt nicht mehr in der Regierung sass, veranlasst gesehen, in die Regierung Stresemann einzutreten. Bei den Regierungsverhandlungen war eine unserer allersten Bedingungen, dass diese Regierung unter allen Umständen die Währung stabilisiere und ein Gleichgewicht im Budget schaffe. Erst als das und weiter zugesichert wurde, den Reichsbankpräsidenten ersetzen zu können ging die Sozialdemokratie in die Regierung. Am 13. August 1923 bin ich zum Reichsfinanzminister ernannt worden. Es war die scheusslichste Zeit meines Lebens. Damals waren 50 000 Mark so viel wert wie 5 Pfennig. Das war die Erbschaft, die wir anzutreten hatten. Der passive Widerstand verschlang dazu monatlich 3, 4 und 500 Millionen Mark. Die Stabilisierung war nicht möglich, so lange der passive Widerstand fort dauerte. Es mussten daher einige Wochen vergehen, bevor es gelang, die Dinge im Westen zum Abschluss zu bringen. Ich habe dann nach Schluss des passiven Widerstandes den Etat vorbereitet, der mit einigen Abänderungen auch angenommen wurde und so der erste Etat war, der ein Gleichgewicht auf beiden Seiten zeigte. Der Entwurf über die Rentenmark ist von mir noch im Reichsrat eingebracht und begründet worden. Nach sieben Wochen wurde ich von den bürgerlichen Parteien gestürzt, weil die bürgerlichen Parteien nicht wollten, dass die Sozialdemokratie, als die dastand, die die Stabilisierung der Währung durchgeführt hatte. Das ist die Wahrheit. Das alles gehört zu den besten und ruhmreichsten Blättern, in der Geschichte. Der Vorwurf Hitlers, dass wir die Inflation gemacht hätten, klingt auch merkwürdig aus dem Munde solcher, die mit dem Federgeld in den Versammlungen krebsergehen."

-----

SPD. Der preussische Ministerpräsident hat dem Berliner Nazi-Blatt wegen seiner fortgesetzten Verleumdungen gegen die preussischen Staatsminister folgende Berichtigung zugehen lassen:

"In Nr. 40 des "Angriff" vom 16. Februar 1933 wird im Leitartikel behauptet, von der preussischen Regierung seien 1,4 Millionen Reichsmark verwendet worden, "um mit ihnen anlässlich der preussischen Landtagswahl die Wahlpropaganda der Novemberparteien zu bezahlen"; die Behauptung, man habe das Geld für den Verbrecherfonds gebraucht, sei "als Lüge erwiesen"; die in der Denkschrift vom 7. November 1932 enthaltene Erklärung, in der bestritten werde, dass die Mittel für parteipolitische Zwecke verbraucht worden seien, sei "bewusst unwahr".

Ferner enthält der Artikel folgende Behauptung: "Der Unterschied von 816 000 Reichsmark ist völlig ungeklärt, und wir können den Verdacht nicht von der Hand weisen, dass hier dieser unglaubliche Diebstahl am deutschen Steueraufkommen für die Wahlpartei zwecke für die Novemberparteien auch noch zur persönlichen Bereicherung irgendwelcher Personen gedient hat."

Diese Behauptungen sind unrichtig. Richtig ist vielmehr, dass keinerlei Mittel zur persönlichen Bereicherung gedient haben, auch kein Diebstahl vorliegt. Die bei dem Titel "Bekämpfung des Verbrechertums" verausgabten Mittel des Preussischen Staates sind vom Staate nicht verwendet, um die Wahlpropaganda der Novemberparteien zu bezahlen, sondern um strafbare Handlungen, insbesondere hochverräterische Unternehmungen, Sprengstoffverbrechen, Gewalt- und Terrorakte, Staatsverleumdungen usw. zu verhüten und zu unterdrücken. Die Behauptung, man habe das Geld für den Verbrecherfonds gebraucht, ist keineswegs als Lüge erwiesen, entspricht vielmehr den Tatsachen. Auch die genannte Erklärung in der Denkschrift vom 7. November 1932 ist keineswegs bewusst unwahr, vielmehr entspricht auch sie den Tatsachen."

SPD, Karlsruhe, 18. Februar (Eig. Dr.)

In Baden sind am Sonnabend fünf Zeitungsverbote verfügt worden. Verboten wurden der sozialdemokratische "Volksfreund" in Karlsruhe und die sozialdemokratische "Freie Presse" in Pforzheim auf je drei Tage, die Zentrumsblätter "Pfälzer Boten" in Heidelberg und die "Bodensee-Zeitung" in Konstanz auf je acht Tage und das kommunistische Wochenblatt "Rote Sturmflamme" in Rastatt auf vier Wochen. Alle Blätter sollen Herrn Hitler im Sinne seiner Verordnung vom 7. Februar verächtlich gemacht haben.

-----

SPD. Von allen aussenpolitischen programmatischen Forderungen, die die Nationalsozialisten jahrelang bis in die letzte Zeit hinein aufgestellt haben, ist bisher in keinem einzigen Falle auch nur der Versuch ihrer Erfüllung unternommen worden.

Wo bleibt die verheissene "Zerreissung des Versailler Vertrages"?

Wo bleibt der angekündigte "Widerruf der Kriegsschuldfrage"?

Wo bleibt die geforderte "Zerreissung der Young-Ketten"?

Wo bleibt der verkündete "Austritt aus dem Völkerbund"?

Die offizielle Fassung des Interviews, das der Reichskanzler dieser Tage einem englischen Blatt gewährte, war in ihrem aussenpolitischen Teil so vorsichtig und gemässigt wie noch bei keinem Reichskanzler der Nachkriegszeit. Der einzig etwas kraftvolle Satz über die Notwendigkeit der Rückgabe des polnischen Korridors, der in der Zeitung erschienen war, ist amtlich sofort dementiert worden. Ebenso entschieden wurde den im Ausland aufgetretenen Gerüchten eines Geheimvertrages zwischen Deutschland, Italien und Ungarn entgegengetreten. Es ist nach alledem kein Zweifel darüber erlaubt, dass die Hitler-Regierung nicht daran denkt, andere Mächte zu reizen oder gar einen Krieg gegen sie vorzubereiten. Sie hat einstweilen alle Hände voll zu tun, um den "inneren" Feind, den "Marxismus und seine Mitläufer auszurotten".

Dennoch hat die Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg in der Welt eine gereizte Stimmung erzeugt, die sich in den letzten Tagen eher gesteigert als beruhigt hat. Berichte unabhängiger Zeitungen aus dem Auslande, vor allem aus Frankreich und Belgien, lassen keinen Zweifel darüber, dass der "kommende Krieg" mehr und mehr zum täglichen Gesprächsstoff nicht nur der breiten, oberflächlich informierten Masse, sondern auch der berufsmässigen, ernsthaften Politiker, ja der verantwortlichen Staatsmänner geworden ist.

In dieser unheilschwangeren Atmosphäre zuckt plötzlich ein Wetterleuchten, ja ein Blitz in der Ferne. Die Kleine Entente - Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien - hat sich plötzlich entschlossen, den bisherigen etwas losen diplomatischen Bund der letzten 13 Jahre fester zusammenzuschliessen, nicht nur wirtschaftlich, sondern, wie ausdrücklich betont wird, auch militärisch. Die drei Länder haben einen Vertrag abgeschlossen, der den letzten Schritt vor der Schaffung eines einheitlichen Bundesstaats darstellt.

Das bedeutet u.a. die völlige Einkreisung Ungarns, das zu einer förmlichen Enklave innerhalb der Kleinen Entente wird, jenes Ungarn, das angeblich dem neuen geheimen Dreibund angehören soll und jedenfalls zum faschistischen Italien in engsten Beziehungen steht. Es bedeutet ferner eine ständige Armee von weit über 400 000 Mann mit modernster Artillerie und unzähligen Flugzeugen, ganz abgesehen von den Reserven dieser drei Länder, die von mehr als 42 Millionen Einwohnern bevölkert sind.

Hinter diesem neuen Staatenblock steht natürlich Frankreich als politischer Schutzpatron, als Geldgeber und als militärischer Ratgeber und Förderer. Ausserdem steht der neue Bund in engster Fühlung mit Polen, das bereits mit Rumänien ein Militärbündnis abgeschlossen hat. Der förmliche Beitritt Polens zur Kleinen Entente, bisher durch gewisse wirtschaftliche Gegensätze gehemmt, wird von Frankreich eifrig betrieben und ist vielleicht nur noch eine Frage

der Zeit.

Inzwischen hat der tschechische Aussenminister Benesch in Genf vor Pressevertretern den engeren Zusammenschluss der Kleinen Entente erläutert und als Begründung angeführt: Die Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg in Deutschland und die Aufdeckung des grossen italienischen Waffenschmuggels für Ungarn über Österreich, die sogenannte Hirtenberger Waffen-Affäre.

Demgegenüber scheint die Reichsregierung diplomatisch alles auf die eine Karte Italien zu setzen. Der Reichskanzler selbst hat in Stuttgart eine Anspielung auf dieses Zusammengehen gemacht und die regierungsamtliche "Berliner Börsen-Zeitung" erklärt daraufhin, "dass die Zeit reif ist für hundertprozentige deutsche Option". Wir glauben, dass die Hoffnung auf Italien sich ebenso hundertprozentig als Illusion erweisen wird wie Anno 1914/15. Die weitere Hoffnung desselben Blattes - und offenbar auch der massgebenden Stellen in der Wilhelmstrasse - dass Sowjet-Russland den neuen Freundschaftslockungen Frankreichs widerstehen werde, auch dann "wenn eine nationale deutsche Regierung die deutschen Kommunisten niederkämpfen würde", beruht auf schwachen Füßen, zumal wenn diese Regierung verkündet, sie wolle den Bolschewismus schlechthin ausrotten.

Die "Börsen-Zeitung" hat im übrigen durchaus recht, wenn sie davon spricht dass sich "handgreiflich die Fronten in Europa formieren". Der 30. Januar ist von Goering als eine Wiederauferstehung des Geistes von 1914 gefeiert worden. Einstweilen sehen wir nur die Auferstehung der deutschen Einkreisung von 1914. Und das Ende?

-----  
SPD. Duisburg, 18. Februar (Eig. Dr.)

In Hamborn wurde am Sonnabend-Morgen ein Kommunist erschossen; drei Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Polizeiverwaltung teilt dazu mit:

"In den Morgenstunden des Sonnabend gegen 3 Uhr wurde auf fünf im Bootshaus der kommunistischen freien Wasserfahrer in Hamborn-Alsum anwesende Personen, die sich zu einem noch nicht bekannten Zweck dort aufhielten, von bisher unbekanntem Tätern ein Feuerüberfall verübt. Nach Angabe der Ueberfallenen wurde um die angegebene Zeit an die Tür des Bootshauses geklopft und gerufen: "Hier ist Jupp, mach' mal auf!" Beim Oeffnen der Tür seien mehrere Personen eingedrungen und hätten eine Anzahl Schüsse abgegeben. Ein Arbeiter wurde durch zwei Kopfschüsse und einen Brustschuss getötet. Drei Arbeiter wurden durch Schüsse schwer verletzt und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen nach den Tätern waren bisher ohne Erfolg. Am Tatort wurden sieben Hülsen, Kaliber 7,65, vorgefunden."

-----  
SPD. Auf Veranlassung der gegenwärtigen Machthaber sind im Reich bisher nicht weniger als 28 sozialdemokratische Zeitungen verboten. Der überwiegende Teil dieser Verbote wurde in Preussen ausgesprochen. In allen Fällen wurden Angriffe gegen die Person des Herrn Hitler als Ursache angeführt.

-----  
SPD. In dem Berliner Organ des nationalistischen "Jungdeutschen Orden" finden wir unter dem Titel: "Metternich-Geist geht um - Belohnung für Gesinnungslumperei - Faschistische Methoden der Hitler-Partei" folgende Betrachtung:

"Schon die erste Notverordnung des neuen Reichskanzlers Adolf Hitler enthielt eine Bestimmung, die von einer bisher in Deutschland nicht üblichen

Gesinnung zeugte. Nach ihrem § 1 war jedem dem das Vorhandensein verbotener Druckschriften bekannt wurde, bei Gefängnisstrafe zur sofortigen Anzeige an die Polizeibehörde verpflichtet. Das bedeutet also, dass jedes Mitglied eines oppositionellen Verbandes in bestimmten Fällen zur Denunziation seiner Kameraden verpflichtet wurde. Diese Methode steht heute nicht mehr vereinzelt da. Terror und Unterdrückung der freien Meinung sind an der Tagesordnung.

Die Verbote der oppositionellen Presse hageln täglich zu Dutzenden. Bei Zeitungen, die, wie der "Jungdeutsche", bei aller scharfen Kritik an den Regierungsmassnahmen wegen ihrer strengen Sachlichkeit beim besten Willen eine Handhabe zum Verbot nicht bieten, wird mit mannigfachen Polizeischikanen versucht, die Verbreitung nach Möglichkeit zu verhindern. Die polizeiliche Beschlagnahme von Aushängkästen des "Jungdeutschen" in zahlreichen Orten des Reiches ist ein Beispiel für diese Methoden. Es können sogar Fälle vor, wo Gesinnungslumperei regelrecht mit Geld belohnt werden soll. Es liegt uns eine grosse, über zwei Druckspalten hinweggehende Anzeige aus dem nationalsozialistischen "Frankfurter Volksblatt" vor, die folgenden Wortlaut hat:

"Achtung Flugblatt! (S.S.Frei-Korps Ffm.) welches Beleidigungen gegen Führer der NSDAP. brachte. RM. 300.- Belohnung demjenigen, welcher den Verfasser des Manuskriptes oder Druckerei namhaft machen kann. - Strengste Diskretion und Verschwiegenheit zugesichert. Zuschriften unter Hauptpostlagernd Ffm.K.K.725."

Ein Kommentar zu diesem Dokument, in dem den Verrätern ihrer Kameraden ausser einer Belohnung in Geld strengste Diskretion zugesichert wird, erübrigt sich. Dass auch offizielle Regierungsstellen sich nicht scheuen, in ähnlicher Weise zum Spitzeltum geradezu aufzurufen, beweist eine Erklärung der nationalsozialistischen Landesregierung von Lippe, in der es heisst:

"Die Landesregierung empfindet es als ihre selbstverständliche Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler gegen Verdächtigungen jeder Art mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Sie hat deshalb die zuständigen Behörden des Landes, insbesondere die Polizeibehörden, angewiesen, ihr besonderes Augenmerk auf derartige Vorgänge, insbesondere auf öffentlichen Plätzen, Strassen und Wegen zu richten. Die Landesregierung ruft aber auch alle deutsch-empfindenden Landesbewohner auf, sie hierin zu unterstützen. Ausser zur Anzeige solcher strafbaren Handlungen ist nach der Strafprozessordnung jedermann befugt, den Täter, der auf frischer Tat betroffen und verfolgt wird, auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann."

Dieser seit den Zeiten Metternichs in Deutschland wohl einzigartige Regierungserlass ist inzwischen im Lippeschen Landtag verhandelt worden. Es ist bezeichnend, dass gegen einen sozialdemokratischen Antrag auf Rückgängigmachung: einzig und allein die Abgeordneten der Hitler-Partei stimmten. Auch die Deutschnationalen und Volksparteiler machten in diesem Fall die Unterdrückungspolitik ihrer Verbündeten nicht mehr mit.

Die Regierungsparteien irren sich, wenn sie glauben, durch Methoden zum Ziel kommen zu können, die vielleicht im faschistischen Italien wirksam waren, die aber mit der Gesinnung, aus der allein eine deutsche nationale Erneuerung wachsen kann, nicht das geringste zu tun haben!"

-----  
SPD. Köln, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Wochenzeitung "Rheinische Post", die im Verlag der "Rheinischen Zeitung" erscheint, ist von der Kölner Polizei beschlaggenommen worden. Ob der Beschlagnahme ein Verbot folgen soll wird noch geprüft.

-----

SPD. Paris, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Kartell der dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) angeschlossenen Beamtengewerkschaften hat am Sonnabend beschlossen, die in seinem Brief an den Ministerpräsidenten ausgesprochene Drohung, mit allen Mitteln die von der Finanzkommission des Senats beschlossene Kündigung der Gehälter und Zulagen zu bekämpfen, in die Tat umzusetzen. Als erstes Kampfmittel soll am Montag in allen öffentlichen Betrieben (Post, städtische Verkehrsmittel, Finanzverwaltung und Ministerien) eine einstündige Arbeitseinstellung durchgeführt werden. Die einzelnen Gewerkschaften haben die für ihren Dienstbereich in Frage kommenden Massnahmen genau ausgearbeitet und ihre Mitglieder aufgefordert, sich streng an diese Beschlüsse zu halten und sich durch keinerlei Manöver und Drohungen zu unbedachten Taten hinreissen zu lassen. Die dem kommunistischen Gewerkschaftsbund und den autonomen Beamtenverbänden angehörenden Beamten dürften sich dem Streik anschliessen.

-----  
SPD. Köln, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Polizei veranstaltete am Sonnabend auf die kommunistischen Parteiheime und Zeitungsausgabestellen eine grosse Razzia. Ueberall wurden Schriften und Propagandamaterial beschlagnahmt. Die Heime wurden polizeilich geschlossen.

-----  
SPD. Der Reichspräsident hat den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Friedrich Syrup zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt.

-----  
SPD. Paris, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Der französische Luftfahrtminister Cot hat in Genf eine Verständigungsrede an die Adresse Deutschlands gehalten, die in der französischen Rechtspresse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat. Cot hat es deshalb für angebracht gehalten, seine Genfer Ausführungen am Sonnabend in einer neuen Rede zu rechtfertigen, aus der zugleich ersichtlich ist, was er in Genf erklärt hat. Cot führte u.a. aus :

"Ich habe in meinem Exposé zeigen wollen, dass Frankreich den heissen Wunsch hat, zu einem allgemeinen Friedensregime zu gelangen, das auf Sicherheit und Gleichheit der Statuten basiert ist. Ich habe vor allem ausgeführt, dass es sich nicht darum handelt nur die offiziellen Streitkräfte zu verringern, sondern auch die Frage der militärähnlichen Organisationen, die sicherlich den Geist des Chauvinismus mehr als die Armee fördern, zu regeln. Wir wollen ein Abkommen schaffen, das jeden Angriff unmöglich macht. Wir wünschen also eine Armee, die nur für die Landesverteidigung geeignet ist. Das Wort Landesverteidigung fasse ich dabei in seinem edelsten Sinne auf. Es bedeutet für mich, dass ein ganzes Volk sich erhebt, um sich gegen einen Angriff zu verteidigen, ohne jemals die Absicht zu haben, seinerseits Angreifer zu werden. Dieses edle Ideal hat im Laufe des letzten Krieges so viele heldenmütige Taten hervorgebracht."

-----



SPD. Halle, 18. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Oberstaatsanwalt hat über die blutigen Vorfälle in Eisleben einen neuen Bericht veröffentlicht, in dem es heisst :

"Der Vorfall in der Creisfelder Gasse ist noch nicht geklärt. Es ist auch noch nicht festgestellt, was die vor einigen Tagen im Garten des Krankenhauses mit Waffen angetroffenen Kommunisten bezweckten.

Im übrigen sind die polizeilichen Ermittlungen soweit gediehen, dass man ein unzuführes Bild über die Vorgänge gewinnen kann. Die Nationalsozialisten hatten den Zug in der Weise angemeldet, dass auch der Breiten Weg einbezogen wurde; sie sind nicht gegen den Willen der begleitenden Polizeibeamten in den Breiten Weg eingebogen. Als der Zug bereits das Klassenkampfgebäude zum grössten Teil passiert hatte, fielen plötzlich vom Dach desselben ein oder zwei Schüsse, durch die anscheinend ein Zugteilnehmer verletzt worden ist. Mehrere Gruppen aus dem Zug stürmten deshalb das Haus. Während verschiedene Teilnehmer die Rolladen und Fensterscheiben teilweise unter Zuhilfenahme einer Leiter zerstörten, drangen andere Teilnehmer in den Hausflur und von da in den Geschäftsraum, der durch eine Barrikade von Gartenstühlen versperrt wurde, und demolierten diesen. Einige scheinen sich auch in die oberen Stockwerke begeben zu haben, wo Fahnen heruntergeholt wurden.

Inzwischen müssen mehrere Schüsse aus der Richtung Turnhalle gefallen sein, was an einigen Einschlägen festzustellen ist. Hier wurden anscheinend auch der SS-Mann Berk getötet und ein Nationalsozialist verletzt. Die inzwischen in den Hausflur eingedrungene Polizei erwiderte das Feuer. Daraufhin stürmten die Nationalsozialisten über den Hof in die Turnhalle, in die sich die Kommunisten zurückgezogen hatten. Dabei wurden die Nationalsozialisten mit Flaschen beworfen; es soll auch noch geschossen worden sein. Zum Teil waren vom Breiten Weg her noch weitere Schützen auf dem Hause und auf einem oberhalb gelegenen Grundstück zu beobachten gewesen. Die Spitze des Zuges wurde wenige Augenblicke nach dem Kampf beim Klassenkampfgebäude vom Dach der Turnhalle, auf dem Steine bereitgelegt waren, anscheinend von Schützen beschossen; es befanden sich noch weitere Personen auf dem Dach. Hier versuchten zunächst Polizeibeamte unter Lebensgefahr durch Schüsse die Dachschützen zu verscheuchen, wurden aber weiter beschossen. Ein Teil der Spitze stürmte darauf die Turnhalle, aus der ebenfalls noch Schüsse fielen. Ob auch, wie behauptet wird, die Nationalsozialisten geschossen haben, ist noch nicht geklärt. Die dort befindlichen Kommunisten ergriffen darauf die Flucht, wurden aber eingeholt und zum Teil erheblich misshandelt. Ein Nationalsozialist hatte inzwischen das Dach erstiegen und die dort befindlichen Kommunisten zum Verlassen gezwungen. Auf der Strasse sind noch zwei, aus dem Klassenkampfgebäude herauskommende Kommunisten erheblich misshandelt worden.

Die Ermittlungen richten sich nunmehr auch gegen bestimmte Täter, deren Namen im Interesse der weiteren Aufklärung nicht genannt werden können. Der im Krankenhaus befindliche Seidel ist inzwischen in den Abendstunden des 17. Februar gestorben."

Die Eislebener Vorfälle haben mit dem Tod von Seidel das vierte Opfer gefordert.

-----

SPD. Auf einer Kundgebung "Für Freiheit, Volk und Sozialismus", die in der Berliner "Volksbühne" am 19. Februar veranstaltet wurde, sprach Thomas Mann ein "Bekenntnis zum Sozialismus", dem wir folgende Sätze entnehmen:

"Ich will das Bekenntnis erneuern, das ich schon vor zwei Jahren in einem schwierigen und kritischen Augenblick öffentlich und seitdem noch das eine und andere Mal abgelegt habe: das Bekenntnis zur sozialen Republik und zu der Ueberzeugung, dass der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft heute auf

die Seite des Arbeiters und der sozialen Demokratie gehört. Das Politische und Soziale ist ein Bereich des Humanen. Wir werden uns den Willen zu seiner Vermenschlichung und Vergeistigung, seiner Durchdringung mit Form und Vernunft, mit Freiheit und Gerechtigkeit nicht verleiden lassen durch den Vorwurf, eine solche Angelegenheit sei untergeordnet, irreligiös und ermangele des metaphysischen Sinnes, sie sei mit einem Wort blosser Materialismus. Materialismus - ein kindisches Schreckwort und perfid obendrein! Auf eine scheinbar idealistische Weise soll das menschlich Anständige damit hintangehalten werden, im Namen der Innerlichkeit! Materialismus kann viel geistiger, viel idealistischer und religiöser sein als die innerlichkeitsvollste Vornehmteure: gegen das Materielle; denn er bedeutet ja garnicht, wie der Kulturbürger will, das Versunkensein im Materiellen, sondern eben den Willen, es mit Menschlichem zu durchdringen.

Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtmässige Entschluss, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen kollektiven Lebens in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn. In diesem Sinne bin ich Sozialist. Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, dass ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube, die mir mit der Idee des Menschen selbst, mit jedem Gefühl für die Tatsache Mensch unverbrüchlich verbunden scheinen - der Idee der Freiheit zum Beispiel, die man heute für überwunden erklären und historisch zum alten Eisen werfen möchte. Wenn hier die philosophisch-modischen Begriffe des Blutes, des Instinktes, des Triebes und der Gewalt eingesetzt werden gegen die angeblich abgetanen und abgestorbenen Gedanken der Freiheit und der Demokratie, so stellt jene verabscheuungswürdige Mischung aus Revolution und Reaktion sich her, die wir heute so vielfach am Werke sehen, der Rohromantische Dienst am Vergangenen, der sich die Miene des Jugendlich-Zukünftigen gibt und dadurch verführerisch zu wirken versteht. Das ist es, wogegen mein Demokratismus sich empört, weil ich heruntergekommene und missbrauchte Geistigkeit darin sehe. Die Bindung an Heimat, Scholle, Vaterland und Volkskultur ist eine natürliche Gegebenheit, die in diesem Sinne heilig und unzerstörbar bleibt. Das hindert nicht, dass für das politische und soziale Leben die nationale Idee heute die Führung, die Zukunft nicht mehr für sich in Anspruch nehmen kann.

Jeder Mensch von Gefühl und Verstand, auch jeder bessere Politiker, weiss dass die Völker Europas heute nicht mehr einzeln und abgeschlossen für sich zu leben und zu gedeihen vermögen, sondern dass sie aufeinander angewiesen sind und eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die es anzuerkennen und zu verwirklichen gilt. Solcher Lebensnotwendigkeit irgendwelche völkische Naturromantik als Argument entgegenzustellen, ist nichts als Quertreiberei. Die deutsche Republik muss den Glauben an ihre Kraft und ihr Recht lernen, sie soll wissen, wie stark sie im Grunde ist, und welche unerschütterten moralischen und geistigen Kräfte ihr auch heute zur Seite stehen, wo scheinbar das ihr Feindliche triumphiert. Das ist Episode. Das soziale und demokratische Deutschland, ich bin tief überzeugt davon, darf vertrauen, dass die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist, und dass die Zukunft, trotz allem, ihm gehört. Das Rasen der nationalistischen Leidenschaften ist nichts weiter als ein spätes und letztes Aufflackern eines schon niedergebrannten Feuers, ein sterbendes Wiederaufflammen, das sich selbst als neue Lebensglut missversteht. Und alle Tatsachen des Lebens und der Entwicklung, die wirtschaftlichen, technischen und geistigen, zeugen dafür, dass die Zukunft auf dem Wege liegt, den einzuschlagen die Völker längst gewillt sind, dem Wege in die soziale Welt der Einheit, der Freiheit und des Friedens."

-----

SPD. Am Sonnabend sind die Beschlüsse der Hitler-Regierung über die Milderung der von der Papen-Regierung erlassenen Verordnungen in Form einer Notverordnung des Reichspräsidenten bekanntgegeben worden. Diese neueste Notverordnung ist nach ihrem Namen "zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung" erlassen.

Ein wohlklingender Name. Nur hält er nicht was er verspricht, denn die seinerzeit auf Veranlassung des Herrn von Papen verordneten Kürzungen bleiben zu über 95 Prozent bestehen. Die eine Milliarde, die den Aermsten der Armen im Juni 1932 genommen wurde, wird in Zukunft durch neue Bestimmungen über die Invaliden- und Kriegsofferrenten etc. um 27 - 29 Millionen gekürzt. Zwar erklärt die Hitler-Regierung, dass sie auf dem Wege der "Beseitigung von Härten" weitergehen werde, aber davon können die Armen ebensowenig leben wie von der Ankündigung eines Vierjahresplanes, dessen Inhalt bisher nicht einmal die Minister der Hitler-Regierung, viel weniger das hungernde Volk, kennen.

Im übrigen bleibt auf Grund der neuen Notverordnung festzustellen, dass die Prophezeiung der nationalsozialistischen Partei, nach der 24 Stunden nach der Machtübernahme alle Hunger-Verordnungen des Herrn von Papen fallen würden, eine grosse Lüge ist.

+ + +

Im einzelnen sieht die neue Notverordnung vor, dass die in der Verordnung vom 14. Juni v. J. enthaltenen sogenannten Ruhensvorschriften, die ein Ruhen der Rente aus der Invalidenversicherung für den Fall anderer Rentenbezüge vorsahen, in der Form gemildert werden, dass zum mindestens ein Drittel der Rente zahlbar bleibt. In Zukunft sollen höchstens 50 Mark der Invalidenrente ruhen bleiben. Die finanzielle Auswirkung dieser Bestimmung dürfte sich auf 15 Millionen Mark belaufen. Weitere 8 bis 10 Millionen Mehrausgaben sind dadurch bedingt, dass in Zukunft das Höchstalter für den Empfang von Kinderzulagen und Waisenrenten 16 Jahre (bisher 15 Jahre) beträgt. Bestehen bleiben daneben die Bestimmungen, die für Jugendliche in der Berufsausbildung die Weiterzahlung bis zum vollendeten 21. Lebensjahre vorsahen. Im zweiten Teil der Notverordnung sind dann eine Reihe von Erleichterungen, die im Verwaltungswege erfolgen sollen, in Aussicht genommen. Vor allem handelt es sich dabei darum, dass diejenigen Kriegsoffer, deren Rente durch Kapitalabfindung abgelöst worden ist, und die in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Not geraten sind, in Zukunft Unterstützungen bis zu 500 Mark jährlich durch die Versorgungsämter erhalten können. In besonderen Fällen kann diese Unterstützung durch Genehmigung des Reichsarbeitsministeriums erhöht werden. Man rechnet dabei mit einem Gesamtbetrage von 1 bis 2 Millionen. Ferner sind eine Reihe von Milderungen für die Kriegerwitwen vorgesehen, die Zusatzrenten für Kinder und Angehörige erhielten. Diese Milderungen machen ebenfalls einen Betrag von ein bis zwei Millionen Mark aus. Dazu kommen noch etwa 150 000 bis 250 000 Mark Zuschüsse für studierende Kriegerwaisen.

-----

SPD. Das Berliner Zentrumsblatt, die "Germania", und die im gleichen Verlag erscheinende "Märkische Volkszeitung" sind am Sonnabend auf drei Tage verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen der Veröffentlichung eines Aufrufs gegen die neuen Machthaber, der von den katholischen Kulturorganisationen, wie dem Volksverein, den katholischen Lehrervereinen usw. ausging.

In Aussicht genommen war u. W. am Sonnabend das Verbot der gesamten preussischen Zentrums Presse, Das sind etwa 300 Blätter, die mit der gleichen Begründung mundtot gemacht werden sollten, wie die "Germania". Ein Teil der

Regierungspresse meldete ein derartiges Verbot am Sonnabend-Abend als bevorstehend. Aber erfolgt ist dieses Verbot am Sonnabend nicht; eine entsprechende Funk-Meldung des halbamtlichen WTB wurde, als sie einem Teil der Redaktionen bereits zugegangen war, zurückgezogen. Und die Ursache dieser Panne? Die dürfte Herr Goering noch besser kennen als wir!

-----

SPD. Kiel, 18. Februar (Eig. Dr.)

In Flensburg wurden zwei kommunistische Ortsführer wegen Landfriedensbruchs zu je  $2\frac{1}{2}$  Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurteilt. Elf mitangeklagte Kommunisten erhielten Gefängnisstrafen zwischen  $1\frac{1}{2}$  Jahren und 3 Monaten. Die Angeklagten waren beschuldigt zwei Nationalsozialisten überfallen und sich am 30. Januar an den kommunistischen Zusammenrottungen beteiligt zu haben.

In Kiel wurden fünf Kommunisten wegen Verbreitung hochverräterischer Druckschriften festgenommen.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# „Aus aller Welt“

Ich und die andern.

Von Adolf Hitler.

SPD. Der "Führer" hat in seinem Buche "Mein Kampf" sehr anschaulich geschildert, wie er über die Massen seiner Anhänger denkt und wie er seine Bewegung propagandistisch aufgezogen hat. Wir entnehmen dem Buche folgende Stellen:

"Die Psyche der breiten Masse ist nicht empfänglich für alles Halbe und Schwache. Die Masse liebt mehr den Herrscher als den Bittenden und fühlt sich im Innern mehr befriedigt durch eine Lehre, die keine andere neben sich duldet, als durch die Genehmigung liberaler Freiheit. Die Unverschämtheit ihrer geistigen Terrorisierung kommt ihr ebenso wenig zum Bewusstsein wie die empörende Misshandlung ihrer menschlichen Freiheit, ahnt sie doch den inneren Irrsinn der ganzen Lehre in keiner Weise. So sieht sie nur die rücksichtslose Kraft und Brutalität ihrer zielbewussten Äusserungen, der sie sich endlich immer beugt...

Der Terror auf der Arbeitsstätte, in der Fabrik, im Versammlungslokal und anlässlich der Massenkundgebung wird immer von Erfolg begleitet sein, solange nicht ein gleich grosser Terror entgegentritt...

Gott sei gedankt, darin liegt ja eben der Sinn einer germanischen Demokratie, dass nicht der nächstbeste unwürdige Streber und moralische Drückberger auf Umwegen zur Regierung seiner Volksgenossen kommt, sondern dass schon durch die Grösse der zu übernehmenden Verantwortung Nichtskönner und Schwächlinge zurückgeschreckt werden.

Sollte sich aber dennoch einmal ein solcher Bursche einzustehlen versuchen, dann kann man ihn leichter finden und rücksichtslos anfahren: Hinweg, feiger Lump! Ziehe deinen Fuss zurück, du beschmutzest die Stufen; denn der Vorderaufstieg in das Pantheon der Geschichte ist nicht für Schleicher da, sondern für Helden!...

Je mehr eine Bewegung zu vergeben hat an leicht zu erringenden Posten und Stellen, um so grösser wird der Zulauf an Minderwertigen sein, bis endlich diese politischen Gelegenheitsarbeiter eine erfolgreiche Partei in solcher Zahl überwuchern, dass der redliche Kämpfer von einst die alte Bewegung gar nicht mehr wiedererkennt und die neu Hinzugekommenen ihn selber als lästigen "Unberufenen" entschieden ablehnen. Damit aber ist die "Mission" einer solchen Bewegung erledigt.

Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt...

Die Aufnahmefähigkeit der grossen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergesslichkeit gross. Aus diesen Tatsachen heraus hat sie jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag...

Was würde man über ein Plakat sagen, das eine neue Seife anpreisen soll,

dabei jedoch auch andere Seifen als "gut" bezeichnet? Man würde darüber nur der Kopf schütteln. Genau so verhält es sich aber auch mit politischer Reklame. Die Aufgabe der Propaganda ist z.B. nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschliessliche Betonen eben des einen durch sie zu vertretenden. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.

Die breite Masse des Volkes besteht nicht aus Diplomaten oder auch nur aus Staatsrechtslehrern, ja nicht einmal aus lauter vernünftig Urteilsfähigen, sondern aus ebenso schwankenden wie zu Zweifel und Unsicherheit geneigten Menschenkindern.

Die Masse braucht in ihrer Schwerfälligkeit immer eine bestimmte Zeit, ehe sie auch nur von einer Sache Kenntnis zu nehmen bereit ist, und nur einer tausendfachen Wiederholung einfachster Begriffe wird sie endlich ihr Gedächtnis schenken. Die grosse Linie allein, die nie verlassen werden darf, lässt bei immer gleichbleibender konsequenter Betonung den endgültigen Erfolg heranreifen. Dann aber wird man mit Staunen feststellen können, zu welcher ungeheuren, kaum verständlichen Ergebnissen solch eine Beharrlichkeit führt. Jede Reklame, mag sie auf dem Gebiet des Geschäfts oder der Politik liegen, trägt den Erfolg in der Dauer und gleichmässigen Einheitlichkeit ihrer Anwendung...

Der Glaube ist schwerer zu erschüttern als das Wissen, Liebe unterliegt weniger dem Wechsel als Achtung, Hass ist dauerhafter als Abneigung, und die Triebkraft zu den gewaltigsten Umwälzungen auf dieser Erde lag zu allen Zeiten weniger in einer die Masse beherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnis als in einem sie beseelenden Fanatismus und manchmal in einer sie vorwärtsjagenden Hysterie...."

+ + +

Der falsche Franz. In Kassel-Bettenhausen erschien in einem Kolonialwarengeschäft ein etwa 30jähriger Polizeibeamter und gab an, dass er im Anschluss an eine in Bettenhausen erfolgte Festnahme eines Falschmünzers mit der Nachprüfung des Kassenbestandes des Kolonialwarenhändlers beauftragt sei. Arglos zeigte der Kaufmann dem uniformierten Gesetzeshüter die etwa 200 Mark Silbergeld enthaltende Kasse. Der Beamte erklärte, dass er das Geld mitnehmen und der Reichsbank zur Prüfung vorlegen müsse. Der Kaufmann war damit einverstanden - erhielt er doch eine "amtliche" Quittung zum Ausgleich unterschrieben mit dem Namenszug "Polizeiwachtmeister Franz". Aber er sah zu seinem Bedauern weder sein Geld wieder, noch den tüchtigen Franz, der trotz seiner schmucken Uniform alles andere als ein Polizeiwachtmeister ist.

+ + +

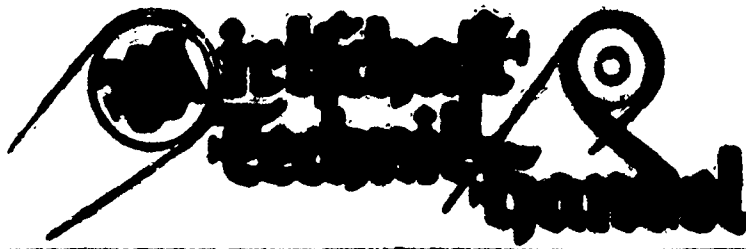
Pariser Fremdenstatistik. In Paris gibt es nach der neuesten Statistik 23 000 Hotels mit etwa 700 000 Zimmern. Freilich stehen die meisten der Zimmer lerr. Die Zeiten, in denen amerikanische Filmstars ganze Stockwerke mieteten, sind vorbei, und die vielen tausend ausländischen Arbeiter, die vor Beginn der Krise in den kleinen dunklen Hotels der Vorstädte hausten, sind seit langem nicht mehr im Land. Fast 100 000 Fremde sind innerhalb der letzten zehn Jahre polizeilich ausgewiesen worden.

+ + +

Bluttat. In Trebnitz (Kreis Breslau) erschlug ein geisteskranker 53 Jahre alter Invalidenrentner seine beiden erwachsenen Söhne und seine Tochter, zündete nach der Tat das Haus an, dessen Dachstuhl abbrannte, und beging dann Selbstmord durch Erhängen. Einer der Söhne wollte am Montag heiraten.

+ + +

Drei Hinrichtungen. In Nowogrodek (Polen) wurden drei Raubmörder durch den Strang hingerichtet.



### Ausgehöhlter Optimismus.

Die Lage auf den Weltmärkten verschlechtert sich weiter - Eine kleine Meuterei mit grossen Folgen.

SPD. Die Hoffnungen auf eine Besserung in der Weltwirtschaft, die sich Mitte des verflossenen Jahres einstellten, gingen auf die grosse Hausse an den Weltmärkten zurück. Mit dieser Hausse ist es seit langem vorbei. Der nordamerikanische Weizen, der während der Hausse einen Preis von über 60 Cents erzielen konnte, ist Mitte Februar auf 47 Cents gefallen. Der Kupferpreis besserte sich während der Hausse bis auf 7,5 Cents und liegt heute unter 5 Cents. Baumwolle bezahlt man heute mit rund 6 Cents, während man während der Hausse fast 10 Cents anlegte. Mit der Hausse hat sich der Optimismus in der Weltwirtschaft verflüchtigt. Darüber kann die Stimmungsmache, die im In- und Ausland durch gewisse Kreise betrieben wird, nicht hinwegtäuschen. Der Wirtschaft fehlt gegenwärtig die psychologische Anregung, auf die der Privatkapitalismus vor Monaten immer wieder verwies.

Sachlich liegen die Voraussetzungen für eine bessere Entwicklung auf den Weltwarenmärkten kaum anders, vielleicht noch besser als im Sommer 1932, als die grosse Hausse kam. Aber diese sachlichen Voraussetzungen werden durch die Politik ihrer Wirkungen beraubt. Die Beeinflussung der Wirtschaft durch die Politik, wie sie gegenwärtig in Deutschland stark hervortritt, ist auch auf den grossen Märkten festzustellen. Man weiss z.B. nicht, was aus den englisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen wird, und damit weiss man nicht, was überhaupt aus der ganzen Weltwirtschaftskonferenz wird. Unter derartigen Voraussetzungen wirken sich ungünstige Faktoren doppelt stark aus. Die grosse Bankpleite in Nordamerika, im Staate Michigan, hat bis jetzt erkennbare Wirkungen nicht gehabt, was aber nicht besagen will, dass das nordamerikanische Bankemoratorium ohne allgemeine Wirkungen bleiben wird. Viel mehr als die Vorgänge in der nordamerikanischen Bankenwirtschaft macht sich ein anderer Faktor bemerkbar, nämlich die Meuterei in der holländisch-indischen Flotte. Diese Meuterei beleuchtet blitzartig die Gärung in der gesamten farbigen Welt, die Gärung unter den Kolonialvölkern. Diese Tatsache wird vielleicht umso mehr in Rechnung gesetzt, weil sie überraschend auftauchte. Die letzte grosse Zurückhaltung der kapitalistischen Welt, die neue Welle des Pessimismus geht darauf zurück.

Unter den einzelnen Märkten hätte unter normalen Verhältnissen der Getreidemarkt aus dem schlechten Stand der Wintersaaten Anregung erhalten. Die Wintersaaten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die die Hauptlieferanten auf den Weltmärkten sind, stehen z.B. schlecht. Die Situation kann sich aber nicht in einer Besserung auswirken, weil man damit rechnet, dass die europäischen Länder ihren Protektionismus weiter treiben und sich gegen amerikanische Einfuhren wehren werden. Ausserdem hat Kanada seinen Dollar stark sinken lassen. Geschäftlichen Erfolg hat Kanada mit dem dadurch bedingten billigeren Getreidepreis nicht gehabt. Schon deshalb nicht, weil Kanada durch seine Währungsexperimente die andern Getreideexportländer gezwungen hat, die Preise ebenfalls zu ermässigen.

Auf dem Baumwollmarkt zerbricht man sich weiter den Kopf, wie man die Baumwollbestände beseitigen kann. Damit kommt man aber nicht weiter. So hat das nordamerikanische Farmamt 350 000 Ballen Baumwolle an das Rote Kreuz verschenkt. Was bedeuten aber 350 000 Ballen Baumwolle gegenüber Beständen des nordamerikanischen Farmamts, die auf 3,5 Millionen Ballen geschätzt werden. Die Baumwolle, die bis weit in das Jahr 1933 eine Sonderkonjunktur hat, leidet ganz augenscheinlich unter der Tatsache, dass der Verbrauch in weiten Kreisen mit der steigenden Arbeitslosigkeit und mit dem Gehalts- und Lohnabbau konsumunfähig geworden ist. Dagegen hilft kein Kartell, kein Trust, keine Anbau-einschränkung und keine Produktionsdrosselung.

Charakteristisch ist die Lage des Gummimarktes. Hier hatte man mit einer Belegung für das Frühjahr 1933 gerechnet und zwar in der Art, dass man annahm, die amerikanische Autoindustrie, der Hauptverbraucher von Gummi, würde wieder besser arbeiten können. In diesen Voraussetzungen hat man sich getäuscht. Das ist eine Erfahrung, die man wohl auch in andern Ländern machen wird. So soll sich z.B. das Geschäft auf der Berliner Autoausstellung, entgegen anderen Meldungen, nicht besonders gut anlassen.

Die kapitalistische Wirtschaft, die anarchisch arbeitet, braucht Stimulierungsmittel, psychologische Anregung, gute Meinung von der kommenden Entwicklung. Diese Merkmale fehlen der Wirtschaft heute. Der Optimismus, der noch vor 6 Monaten so verheissungsvoll seinen Lauf begann, ist heute ausgehöhlt und leergebrannt.

-----

SPD. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie, die gegenwärtig die Internationale Autoausstellung in Berlin veranstaltet, hat ohne Zweifel den konstruktiven Vorsprung, den die ausländische Konkurrenz nach dem Krieg und nach der Inflation hatte, in den letzten Jahren eingeholt. Der grosse Sprung nach vorwärts geschah in den letzten 3 bis 4 Jahren. Heute ist die deutsche Autoindustrie der ausländischen Konkurrenz ebenbürtig, wenn nicht auf vielen Gebieten überlegen. Das unsinnige Geschwätz, der Marxismus habe die Wirtschaft brach gelegt und die Entwicklung gehindert, wird wohl am besten durch den Stand der deutschen Autoindustrie und durch die gegenwärtige Berliner Ausstellung widerlegt. Wenn die Autoindustrie gehindert wird, dann durch die Zoll-, Steuer- und Subventionspolitik, wie sie unter den bürgerlichen Regierungen in Deutschland während der letzten beiden Jahre eingerissen ist. Die Belastung des Treibstoffes, der Benzine und der Oele, ist ungeheuerlich und muss auch den besten technischen Fortschritt unterbinden und unterminieren, weil die Haltung des Fahrzeuges zu teuer wird.

Wie toll sich die Dinge entwickelt haben, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Benzinverkaufspreis im Kleinhandel je Liter.....	38 Pfg.
Davon sind: Transportkosten . . . . .	1,5 Pfg.
Umschlag, Verteilung, Tankstelle usw. . . . .	2,25 Pfg.
Rabatt an den Tankstellenhalter . . . . .	4 Pfg.
Betriebskosten der Tankstelle . . . . .	2 Pfg.
Zoll, Spritabgaben und Ausgleichsteuer . . . . .	20,93 Pf.

In dem Benzinpreis von heute stecken also 55 % an Zöllen und an Liebesgaben für die Grossagrarien und die Schwerindustrie bzw. Grosschemie. Gerade die Subventionen und Liebesgaben verteuern Benzine und Oele soweit, dass z.B. die Hälfte der Autos in diesem Winter stillgelegt werden musste. Dabei fordern die inländischen Treibstoffkonzerne, die Schwerindustrie und die I.G. Farbenindustrie, eine weitere Erhöhung des Zolles für Gasöle und Schmieröle.

Wenn die diesmalige Ausstellung am Berliner Kaiserdamm mit Neukonstruktionen stärker zurückgehalten hat als vor zwei Jahren, bei der letzten Ausstellung, dann führen wir das auf die unerhörte Belastung der Kraftfahrzeug-



wirtschaft zurück. Immerhin finden sich auf der Berliner Ausstellung bemerkenswerte Neukonstruktionen. Zu erwähnen sind vor allem 2 Typen, von denen die eine sich durch den Übergang vom normalen, aus Längsträgern und Traversen aufgebauten Rahmen zum Rohrrahmen auszeichnet, während die zweite den luftgekühlten Motor, wie er bisher in einigen Fällen im Lastwagenmotorbau Verwendung fand, auch beim Personenwagen zur Anwendung bringt. Zur erst erwähnten Neukonstruktion wäre zu sagen, dass sie auf ausländischen Erfahrungen aufbaut, die mit dem Rohrrahmen bereits vorliegen. Zur zweiten wäre zu erwähnen, dass die Luftkühlung naturgemäss eine gewisse Abhängigkeit der Kühlungsverhältnisse von den wechselnden Temperatur- und Witterungsbedingungen mit sich bringt, eine Abhängigkeit, die hier grösser ist als bei der wassergekühlten Maschine (die ja auch im Grund luftgekühlt ist, sich jedoch des Wasser als Wärmeübertragers bedient), weil das ausgleichende Medium fehlt. Inwieweit es gelungen ist, der hiermit verbundenen Schwierigkeiten Herr zu werden, bleibt abzuwarten.

Im Larosseriebau wird leider weiterhin mit der "Linie" viel Unfug getrieben. Unfug insofern, als es an erster Stelle die "Linie" ist, die der Mode unterworfen und damit die Triebfeder zu immer neuen Wagentypen ist. Auch die Stromlinienform wird werbemässig stark missbraucht. Wenn man erwägt, dass der Luftwiderstand eines Fahrzeuges erst von 80 bis 100 Stundenkilometer Geschwindigkeit an eine Rolle zu spielen beginnt und dass andererseits bei den meisten mittleren und kleinen Wagen die Höchstgeschwindigkeit schon mit Rücksicht auf die Beschaffenheit und Uebersichtlichkeit der Strasse mit etwa 80 Stundenkilometer begrenzt ist, so erkennt man, dass die Stromlinienform bei dieser Klasse von Wagen physikalisch völlig unbegründet ist.

In der Bereifung gewinnt der Niederdruckreifen, der sogenannte Aeroreifen, mehr und mehr an Bedeutung. Zweifellos trägt er wesentlich zu Erhöhung der Fahrbequemlichkeit bei, jedoch muss diese mit einem gewissen Nachteil erkauft werden, der aus der grösseren, breiteren Auflagefläche des Aeroreifens, im Vergleich zum bisherigen Ballonreifen, resultiert: die Steuerung erfordert einen höheren Kraftaufwand. Dem begegnet man entweder durch eine höhere Uebersetzung zwischen Steuerradbewegung und Lenkung, sodass zur Erzielung des gleichen Einschlages der Vorderräder eine grössere Drehung des Steuerrades auszuführen ist, oder durch Übergang zum Servosystem, wodurch wiederum ein neues Arbeitsaggregat zu den schon vorhandenen hinzukommt. Beides sind gewisse Nachteile.

---

SPD. Die Regierung Hitler hat eine ganz empfindliche Zollsteigerung für die Einfuhr von Seefischen vorgenommen. So ist der Zollsatz für frische Seefische, der bisher 5 Mark betrug, auf 10 Mark verdoppelt worden. Deutschland hat in den letzten Jahren durchschnittlich 250 000 bis 260 000 Doppelzentner frische Seefische eingeführt. Ein wesentlicher Teil des deutschen Verbrauchs wird durch die Einfuhr gedeckt. Vor allem ist es der billige Seefisch, der von der breiten Bevölkerung in Deutschland gegessen wird, der eingeführt werden muss. Bei den erheblichen Mengen und bei der starken Steigerung des Zollsatzes muss sich diese Massnahme bald im Fischpreis auswirken. Für die Einfuhr von gefrorenem Fisch wurde ein Zollsatz von 15 Mark, immer pro Doppelzentner, festgesetzt. Bisher war die Einfuhr von gefrorenem Fisch zollfrei. Für Sprotten wird ein Zoll von 5 Mark erhoben. Auch hier war die Einfuhr bisher zollfrei.

Die neuen Seefischzölle fallen umso schwerer ins Gewicht, als die deutschen Fischflotten z.T. veraltet und nicht in der Lage sind, den deutschen Bedarf zu befriedigen. Das gilt besonders für die Heringsflotten, die trotz Staatssubventionen (Fangprämien) nicht mit dem Ausland konkurrieren können.

Der Heringszoll wurde bereits im vorigen Jahr auf 6 bzw. 9 Mark verdreifacht. Jetzt verlangen die Interessenten eine Verdoppelung des Heringszolls auf 12 bzw. 18 Mark. Gegenüber dem ursprünglichen Stand wäre das eine Versechsfachung des Zolles. Dieser Zoll müsste den Hering etwa mit 3 bis 4 Pfennigen pro Stück belasten. Nach einer Mitteilung des Reichslandwirtschaftsministeriums hat sich das Kabinett bis jetzt aber zu einer Steigerung des Heringszolls nicht entschlossen.

-----

SPD. Die Regierung Hitler hat die von den Interessenten seit langem geforderte Holzzollsteigerung vorgenommen. Der Zoll für Schnittholz wird auf 3 Mark erhöht und der Zoll für Rundholz auf 36 Pfennig. Damit ist der Zoll verdreifacht worden. Entsprechend der Holzzollsteigerung wurden die Zölle für Furniere, Fässer, Holzwerkzeuge, Türen, Fensterrahmen, Kinderspielzeug aus Holz usw. auch heraufgesetzt.

Die Regierung begründet diese neue Zollerhöhung mit den niedrigen Holzpreisen und bemerkt dazu, dass auch die Länder und Gemeinden, die ja grossen Forstbesitz haben, von dieser Massnahme profitieren werden. Ausserdem erwartet die Regierung direkte Auswirkungen der höheren Holzzölle auf den Arbeitsmarkt, u.a. durch bessere Beschäftigung der Sägewerke.

Inwieweit sich die Hoffnungen der Regierung erfüllen werden, wird sich ja bald feststellen lassen. Gross werden die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt jedoch nicht sein. Wir befürchten sogar, dass die Schäden dieser Holzzollerhöhung auf dem Arbeitsmarkt grösser sein werden als der Nutzen, den der Arbeitsmarkt durch eine bessere Beschäftigung der Sägewerke erzielen kann. Deutschland bezieht Holz vor allem von Schweden, Finnland, Russland und Oesterreich. Die Holzausfuhr aus diesen Ländern wird natürlich durch die Verdreifachung des Zolls äusserst schwer getroffen. Man stösst gute Kunden Deutschlands abermals vor den Kopf. Diese Kunden werden sich aber revanchieren und dürften weniger deutsche Industriewaren kaufen. Das bedeutet aber schlechtere Beschäftigung der deutschen Exportindustrie und Belastung der Arbeitsmärkte durch solche Arbeiter und Angestellte, die infolge des deutschen Exportrückgangs nicht mehr beschäftigt werden können. Da Deutschland nach den in Frage kommenden Ländern mehr Ware ausführt als einführt, wird Deutschland der Leidtragende sein. Daraus geht klar hervor, dass die Schäden, die durch die Holzzollsteigerung angerichtet werden, viel grösser sein müssen als die Vorteile, die man u.a. aus einer besseren Beschäftigung von Sägewerken erwartet.

-----

Gemüsemarkt.

-----

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle. RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision) Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl 5 - 8,50, Rotkohl 2,50 - 5.-, Rosenkohl Ia 16 - 20, Grünkohl Ia 4 - 5,50, Mohrrüben gewaschen 3,50 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2 - 3, Rote Rüben 3 - 4, Rettiche je nach Grösse Schock 3,50 - 5.-, Meerrettich 50 kg 20 - 25, Sellerie je nach Grösse 5 - 10, Porree Schock 0,80 - 1,20, Petersilie grün je nach Bd.=Grösse 100 Bd 2,50 - 10, do.mit Wurzel je nach Qual. 50 kg 4 - 8, Salat Rapunzeln 60 - 80, Edel-Champignons weiss Ia 100 - 110, Zwiebeln sortiert (grosse) 5 - 5,50, do.unsortiert 4,75 - 5.

-----

Mehlpreise ziehen an.

(Berliner Getreidebörse vom 18. Februar)

SPD. Die Notierungen für Weizen- und Roggenmehl wurden am Sonnabend um je 25 Pfennig heraufgesetzt. Das Mehlgeschäft hat aber kaum eine Belebung erfahren. Bemerkenswert ist die Zurückhaltung der Mühlen, die am Sonnabend zu beobachten war. Sie dürfte mit dem schlechten Mehlgeschäft zusammenhängen. Unter Einfluss dieser Zurückhaltung kam es am Sonnabend für Roggen und Weizen zu keiner weiteren Preissteigerung. Dagegen hielt die Hausse in Hafer an, für den bis um 3 Mark höhere Preise gezahlt wurden. Fester lagen auch Exportscheine.

	17. Febr.	18. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	196 - 198	196 - 198
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	165 - 175	166 - 176
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	160 - 166
Hafer	118 - 121	121 - 124
Weizenmehl	23,00 - 26,30	23,25 - 26,60
Roggenmehl	20,25 - 22,25	20,50 - 22,50
Weizenkleie	8,20 - 8,40	8,40 - 8,60
Roggenkleie	8,60 - 8,90	8,70 - 9,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per März $211\frac{3}{4}$ - 211		
( $211\frac{3}{4}$ ), Mai $213\frac{1}{2}$ - 212 ( $213\frac{1}{2}$ ), Roggen März 171 - 170 ( $170\frac{1}{2}$ ), Mai 173 - $171\frac{3}{4}$		
( $173$ ). Hafer März $135\frac{1}{2}$ - 133 ( $133$ ), Mai $138\frac{3}{4}$ - $137$ ( $137\frac{3}{4}$ ).		

Amliche Eiernotierungen.

SPD. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 15. Februar). A. Inlands-eier: 1. Deutsche Handelsklasseneier: a) G1 (vollfrische) Sonderklasse 65 g und darüber 11,25, Grösse A unter 65 - 60 g 10,50, Grösse B unter 60 - 55 g 10, Grösse C unter 55 - 60 g 9,25, Grösse D unter 50 g 8; b) G2 (frische Eier) Sonderklasse 10,75, Gr. A 10, Gr. B 9,50, Gr. C 8,75. 2. Deutsche sortierte Eier: vollfrische Sonderklasse 11, Gr. A 10,25, Gr. B 9,75. 3. Deutsche unsortierte Eier 9 - 9,50. 4. Deutsche abweichende kleine, mittelre und Schmutzeier 7. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 10,50, 17er 10,  $15\frac{1}{2}$  - 16er 9,25 - 9,50, leichtere 8,25 - 8,75; Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 10,50, 17er 10,  $15\frac{1}{2}$  - 16er 9,25 - 9,50, leichtere 8,25 - 8,75. Witterung: schön, Marktlage fest. Lokoware: knapp.

SPD. Der Grosshandelsindex ist in der zweiten Februarwoche angestiegen und zwar um rund 0,8 % von 90,5 auf 91,2, Preise im Jahre 1913 = 100 gesetzt. Beim Agrarindex liegt eine Steigerung um 2,5 % vor.



## Protest der Buchdrucker.

### ----- Zeitungsverbote und Arbeitslosigkeit.

SPD. Ein Zeitungsverbot jagt das andere. Die Verbote unterbinden den freien Kampf der Geister, ohne den eine Erneuerung Deutschlands bestimmt nicht möglich ist. Sie bedrohen aber auch die Existenz der Buchdrucker, der Arbeitgeber und vor allem der Arbeitnehmer. Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde. Der "Korrespondent", das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, erhebt daher in seiner neuesten Nummer gegen die schwere wirtschaftliche Schädigung des gesamten deutschen Buchdruckgewerbes durch die bisherige Anwendung der Druckschriftenverordnung öffentlichen Protest.

Viele Hunderte von Zeitungen, Zeitschriften und anderen Druckerzeugnissen, deren Auflagen insgesamt jetzt schon in die Millionen und in der geradezu katastrophalen Weiterwirkung ihres Verbots in die Milliarden Einzel Exemplare gehen dürften, sind - so schreibt der "Korrespondent" - der bisherigen Handhabung der Verordnung bereits zum Opfer gefallen. "Nach der materiellen Seite hin" - betont das Organ der Buchdrucker - "bedeutet das Millionenverluste an Einnahmen und Lohnsummen für Hunderte von Betrieben und Arbeitslosigkeit für Tausende fleissiger Hände. Und all dies in einer Zeit, da das Problem der Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der furchtbaren Arbeitslosigkeit die erste und höchste Pflicht jeder sich ihrer politischen und moralischen Verantwortlichkeit bewussten Regierung sein sollte."

Die Buchdrucker - führt der "Korrespondent" im einzelnen aus - seien aus Gründen ihrer Existenzerhaltung gezwungen, im Kampf der Kräfte zwischen den geistigen und materiellen Klippen durch ihre Hände Arbeit dem Ganzen zu dienen. Ihre eigene weltanschauliche Einstellung dürfe dabei keine Rolle spielen. Man könne sie also unmöglich absichtlich oder unabsichtlich durch Schläge auf den Magen, durch Geld- oder Freiheitsstrafen für ihre unparteiisch geleistete Berufsarbeit noch besonders belasten. Die Buchdrucker könnten sich ihre Arbeitsstelle selbst in günstigeren Wirtschaftsperioden nicht nach Belieben aussuchen. Sie müssten unter Ausschluss parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte gemäss den für das ganze Gewerbe geltenden tariflichen Bestimmungen in jedem Betrieb Arbeit annehmen und sie ordnungsgemäss verrichten. Sie hätten nirgendwo Einfluss auf den Inhalt der von ihnen herzustellenden Arbeitsprodukte. Der leiseste Versuch einer Einflussnahme auf die Tendenz einer Zeitung, einer Zeitschrift, eines Druckerzeugnisses überhaupt führe zur fristlosen Entlassung, ziehe tarifliche und gesetzliche Strafen nach sich.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat, wie in dem Protest mitgeteilt wird, schon früher in ähnlichen Situationen an massgebenden Stellen auf die Gefahren und besonderen Belastungen der deutschen Buchdruckerei arbeiterschaft durch Zeitungsverbote usw. hingewiesen; er hat darum gebeten, dass durch Verbote unschuldig brotlos gewordene Arbeiter von reichswegen eine Unterstützung erhalten, die ihnen über die Verbotsdauer hinweghilft, und dass den Arbeitern sofort nach der Entlassung die Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Heute sei infolge weiteren Anwachsens der allgemeinen Arbeitslosigkeit (im Buchdruckgewerbe einschliesslich verschärfter Kurzarbeit etwa 50% aller

Berufsgenossen) ganz besonders die Feststellung berechtigt, dass der Verband durch die nun schon seit Jahren anhaltende Krise so sehr zu hohen Unterstützungsausgaben aller Art genötigt war, dass er nicht auch noch die durch die zahlreichen Verbote von Zeitungen oder Druckschriften neu hinzukommenden Arbeitslosen ausreichend unterstützen kann. Der Verband habe in den Notjahren des wirtschaftlichen Niedergangs und besonders im letzten Jahr das Menschenmögliche getan und seine Mitglieder zu ausserordentlich hohen Opfern herangezogen, um die Arbeitslosen und Invaliden vor dem völligen Versinken ins Elend zu bewahren.

"Aus allen diesen Gründen", so schliesst der "Korrespondent", "protestieren wir hiermit im Namen aller deutschen Buchdruckereiarbeiter öffentlich gegen solch ungerechte und harte Belastungen unseres Gewerbes. Wir fordern Beschränkung aller behördlichen Verbote von Zeitungen und anderen Druckschriften nur auf solche Fälle, für die in den bisherigen verfassungsrechtlich anerkannten Gesetzesbestimmungen allgemein zweifelsfreie und keine parteipolitisch einseitigen Voraussetzungen gegeben sind! Alles, was auf diesem Gebiet über die schon lange gültigen press- und strafgesetzlichen Bestimmungen hinausgeht, stellt nach einmütiger Ansicht aller wirklich freiheitlich und fortschrittlich denkenden Volkskreise keinen Schutz des deutschen Volkes dar, sondern eine willkürliche Unterbindung der öffentlichen Meinungsfreiheit, die dem geistigen und kulturellen Urteilsvermögen der grossen Mehrheit der deutschen Nation in keiner Weise Rechnung trägt!"

SPD. Der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst hat eine Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Arbeitslagern vorbereitet. Um die Arbeitsdienstwilligen vor gesundheitlichen Schäden bei der Aufnahme ungewohnter Werkarbeit zu bewahren, und um das Ausbrechen ansteckender Krankheiten in den Lagern zu verhüten, wurde eine pflichtmässige ärztliche Einstellungsuntersuchung für alle in geschlossene Arbeitslager ein tretenden Arbeitsdienstwilligen vom 1. April 1933 ab angeordnet. Zugleich wurde für eine laufende ärztliche Ueberwachung und Betreuung der Lagerinsassen in den geschlossenen Lagern Vorsorge getroffen. Sie liegt in den Händen der zuständigen Landesmedizinalbeamten.-

Diese Anordnungen des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst sind nicht zuletzt eine Auswirkung der vom Hauptvorstand Deutscher Krankenkassen ausgegangenen Hinweise auf die schwere finanzielle Bedrohung der Kassen durch den unbefriedigenden Gesundheitsstand in den Lagern. Der Hauptverband war der erste, der eine generelle systematische ärztliche Untersuchung und Betreuung der Arbeitsdienstwilligen gefordert hat.

Die Arbeitsdienstwilligen verdanken die für sie nunmehr vom Reichskommissar angebahnte Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Arbeitslagern der freiorganisierten Arbeiterschaft.

SPD. In der ungarischen Textilindustrie wird seit etwa zwei Wochen vor allem in kleineren Betrieben gestreikt. Die Direktionen wollen nach ihrer eigenen Angabe 10, nach Angabe der Arbeiter 30% Lohnabbau durchführen. Die Textilarbeiter wehren sich vor allem gegen den Versuch der Arbeitgeber, mit Hilfe deutscher Textilunterrichtsmeister neue Arbeiter auszubilden und so die streikenden Facharbeiter zu ersetzen.-

In Lodz ist die Belegschaft von 30 kleineren Textilfabriken in Streik getreten. Erfasst sind von der Bewegung etwa 1 000 Arbeiter. Die Arbeitgeber haben eine neue Lohnsenkung angedroht.